



WO UNS DER SCHUH DRÜCKT

Gesprächsnotizen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
im Januar 2011 habe ich zusammen mit der/den jeweiligen, zuständigen GdP-Betriebsgruppenvorsitzende/n bei vier Direktionsleitern der Berliner Polizei im Rahmen von Informationsgesprächen über gewerkschaftliche Initiativen und Forderungen der GdP sowie über spezielle Themen in den Direktionen gesprochen.

Zu einem ersten Schwerpunkt haben sich folgende Themenfelder kristallisiert:

- die **Zentralisierung der Bearbeitung von Betrugsdelikten im Landeskriminalamt (LKA)**,
- die **weitere Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn**,
- die **Arbeitszufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen** und
- die **Weiterentwicklung des Gesundheitsmanagements**.

Die **Zentralisierung der Bearbeitung von Betrugsdelikten** ist ein Thema, welches in allen Direktionen zu intensiven Diskussionen geführt hat. Die Entscheidung des Polizeipräsidenten hat in ihrer Gesamtheit nicht nur Zustimmung erkennbar werden lassen. Kritisch hinterfragt wird:

1. Das Personal soll mit Stelle in das LKA versetzt werden. Obwohl eine behördeninterne Regelung besteht, dass nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum LKA wechseln müssen, sondern 30 Prozent sich via Intranet als Freiwillige aus anderen Bereichen der



Michael Purper, Landesbezirksvorsitzender, Hans-Ulrich Hauck, Leiter Direktion 2, Norbert Mellenthin, Bezirksgruppenvorsitzender Direktion 2, und Stefan Weis, Leiter Stab Direktion 2
Foto: MiLa

Direktionen melden konnten, wurde dieses Angebot nur bedingt angenommen. Für die Kolleginnen und Kollegen, die den Weg in das LKA nicht antreten wollten, ist es nach wie vor eine Zitterpartie, ob sie in ihrer Direktion verbleiben können oder nicht.

2. Durch die Ausgliederung des Personals und der Aufgaben entsteht in den VB-Referaten der Direktionen ein strukturelles Ungleichgewicht. Dieses muss in nächster Zeit organisatorisch betrachtet und ggf. verändert werden.
3. Inwieweit sich durch die Zentralisierung ein Erfolg einstellen wird, werden die Ergebnisse in den nächsten Mona-

ten zeigen. Sollte sich jedoch der erhoffte Erfolg nicht einstellen, dann darf es eine Rückführung der Aufgaben aus dem LKA zu den Direktionen nur mit dem entsprechenden Personal geben.

Die **Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn** bleibt ein gewerkschaftliches Ziel. Die Umwandlung der PHM-Stellen zu PK- und der PHmZ- zu POK-Stellen war nur ein weiterer Schritt bis zur Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn. In dieser Frage waren sich die Gesprächsteilnehmer einig, dass die Forderung der Gewerkschaft der Polizei, den Stellenschlü-

Fortsetzung auf Seite 2



Michael Purper, Landesbezirksvorsitzender, Klaus Keese, Leiter Direktion 1, und Beatrice Weiß, Bezirksgruppenvorsitzende Direktion 1
Foto: MiLa



Michael Purper, Landesbezirksvorsitzender, Michael Krömer, Leiter Direktion 3, und Olaf Winkler, Bezirksgruppenvorsitzender Direktion 3
Foto: Bez.Gr. Dir 3



WO UNS DER SCHUH DRÜCKT

Fortsetzung von Seite 1

sel im gehobenen Dienst den veränderten Gegebenheiten anzupassen, notwendig ist, um die Ungleichgewichte im Stellschlüssel zu beseitigen und damit die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn weiter voranzutreiben.

Die Wiedereinführung des 12-Stunden-Dienstes in der Berliner Polizei würde wieder zu mehr **Arbeitszufriedenheit** führen. Aufgrund der vorhandenen Belastungen in allen Bereichen der Berliner Polizei muss über alle Themen und somit auch die Arbeits-



Peter Richter, Bezirksgruppenvorsitzender Direktion 4, Andreas Pahl, Leiter Direktion 4, und Michael Purper, Landesbezirksvorsitzender

Foto: MiLa

zeit offen gesprochen werden können, um die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen wieder deutlich zu verbessern.

Das **Gesundheitsmanagement** muss weiter ausgebaut und den speziellen Bedürfnissen der Beschäftigten angepasst werden. Der Prävention muss dabei ein Schwerpunkt eingeräumt werden, der notwendig ist, um Erkrankungen vorzubeugen.

Ich werde diese Gespräche mit den Direktionsleitern in regelmäßigen Abständen fortsetzen.

Michael Purper

REDAKTIONSSCHLUSS

Beiträge für die jeweils nächste Ausgabe müssen der Geschäftsstelle am 1. Arbeitstag des Vormonats vorliegen.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war am 4. 2. 2011.

AKTIVITÄTEN

Januar 2011

Montag, den 10. 1. 2011
Gespräch mit den Bezirksgruppenvorsitzenden

Mittwoch, den 12. 1. 2011
Nachbereitung des Bundeskongresses 2010;
Gespräch mit dem Direktionsleiter der Dir 3, Herrn Krömer, zu polizeilichen Themen und gewerkschaftlichen Initiativen der GdP 2011

Donnerstag, den 13. 1. 2011
Gespräch mit dem Direktionsleiter der Dir 1, Herrn Keese, zu polizeilichen Themen und gewerkschaftlichen Initiativen der GdP 2011

Freitag, den 14. 1. 2011
Teilnahme an der Personalversammlung der Dir 2

Dienstag, den 18. 1. 2011
Gespräch mit dem Direktionsleiter der Dir 2, Herrn Hauck, zu polizeilichen Themen und gewerkschaftlichen Initiativen der GdP 2011

Mittwoch, den 19. 1. 2011
Interview mit Radio Energy zum Schutz der Botschaften;
Teilnahme an einer Veranstaltung des Polizeiarbeitskreises der Berliner CDU; Referent Klaus Eisenreich zum Thema „Entfristung der Arbeitsverträge bei den Ordnungsämtern – Wie sozial ist der Rot/Rote Senat?“

Donnerstag, den 20. 1. 2011 und Freitag, den 21. 1. 2011
Teilnahme an der Klausurtagung des DGB

Freitag, den 21. 1. 2011 bis Sonntag, den 23. 1. 2011
Teilnahme an der Klausurtagung der Jungen Gruppe

Montag, den 24. 1. 2011
Anfrage der B.Z. zum Thema „Situations im Abschiebebewahrsam Tempelhof“

Dienstag, den 25. 1. 2011
Teilnahme an der Sitzung des DGB „Landeskommission Beamtinnen und Beamte“ zu verschiedenen beamtenpolitischen Gesprächen

Mittwoch, den 26. 1. 2011
Gespräch mit dem Direktionsleiter der Dir 4, Herrn Pahl, zu polizeilichen Themen und gewerkschaftlichen Initiativen der GdP 2011;
Interview dpa zum Thema „Bereitstellungsdienst bei der Polizei“

Donnerstag, den 27. 1. 2011 und Freitag, den 28. 1. 2011
Teilnahme am Außerordentlichen Delegiertentag in Niedersachsen

Donnerstag, den 27. 1. 2011
Gespräch mit Politikern im Abgeordnetenhaus zur Entfristung von Zeitarbeitsverträgen bei den Ordnungsämtern



DEUTSCHE POLIZEI

Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk: gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstr. 112/113
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
Berliner Bank
Konto-Nr. 5 201 183 600 (BLZ 100 200 00)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Michael Laube (Vi.S.d.P.)
Handy-Nr. 0 15 25/6 10 37 23
E-Mail: micha.laube@online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411



Denn sie wissen nicht was sie tun!

Entfristung von Zeitarbeitsverträgen in den Ordnungsämtern Berlins und im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)

Am Beispiel der Ordnungsämter wird deutlich, wie unwirtschaftlich und undifferenziert der Senat Personaleinsparungen durchsetzt. In der Parkraumbewirtschaftung des Ordnungsamtes Pankow werden zurzeit 87 von 90 Beschäftigte mit Zeitverträgen eingesetzt. Als Sachgrund für die zeitliche Befristung der Arbeitsverträge wird die Erprobung der neu eingerichteten Parkraumbewirtschaftungszone angeführt. Diese Parkraumbewirtschaftungszone ist aber eine auf Dauer angelegte Aufgabe. Die Medien berichten jetzt schon über die geplante Ausweitung. Mit den Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung wird auch schon im gerade aufzustellenden Haushalt 2012/2013 gerechnet. Obwohl es sich um eine Daueraufgabe handelt und die Parkraumbewirtschaftung sich nicht nur selbst finanziert, sondern auch hohe Einnahmen erzielt, sollen die Zeitverträge der 87 Beschäftigten nach dem Willen des Senats auslaufen und dafür neues Personal eingestellt werden. Ein Angestellter in der Parkraumbewirtschaftung verdient in Entgeltgruppe 3 im Jahr 38 000 €, erzielt aber durchschnittlich im Jahr Einnahmen durch Bußgelder in Höhe von 52 000 €. Betriebswirtschaftlich gesehen ist der Einsatz von ständig wechselndem Personal also unwirtschaftlich und unsinnig. Gut ausgebildete Beschäftigte werden nicht übernommen, dafür werden neue eingestellt, die wieder ausgebildet, eingearbeitet und eingekleidet werden müssen. Die dadurch entstehenden Einnahmeverluste

sind nicht nur für den Bezirk Pankow, sondern auch für alle anderen betroffenen Bezirke erheblich.

Besonders bemerkenswert sind die zwiespältigen Aussagen einzelner Mitglieder der Regierungsfractionen, des Finanzsenators und des Regierenden Bürgermeisters, die bei den Beschäftigten gleichzeitig Hoffnung auslösen und zu erheblichen Irritationen und Existenzängsten führen.

Am 25. November 2010 hat sich die Haushaltspolitikerin der SPD-Fraktion, Frau Kirsten Flesch, in einer Abgeordnetenhaus Sitzung zur Entfristung von Zeitarbeitsverträgen unter anderem wie folgt geäußert:

„Gleichwohl ist auch die Fraktion der SPD der Auffassung, dass dauerhafte Aufgaben dauerhaften Personals bedürfen.“

Der Regierende Bürgermeister führt am 27. Januar 2011 in der Abgeordnetenhaus Sitzung vollmundig aus, dass der Senat ein notwendiges Interesse daran hat, im öffentlichen Dienst für Daueraufgaben auch dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses notwendige Interesse wird ein Orientierungsrahmen für die Entscheidungen des Senats sein. Wenige Tage zuvor hat der Finanzsenator eine Entfristung der Zeitarbeitsverträge nicht nur für die Gegenwart, sondern auch zukünftig abgelehnt. Am Freitag, dem 21. 1. 2011 schreibt dazu Finanzsenator Nußbaum in der Berliner Morgenpost: „Bis zum Ende der Legislaturperiode wird kein Zeitarbeitsvertrag entfristet.“

Entfristung von Zeitarbeitsverträgen im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO)

Das von den Personaleinsparungen schwer getroffene Amt hatte zu Beginn der Einsparungen noch ca. 2200 Beschäftigte. Nach heutigem Stand sind es nur noch 996. Auch hier wurde durch undifferenzierte Einsparungen des Senats ein Personalnotstand hervorgerufen.

Auf unsere schriftliche Anfrage beim LABO wurde uns mitgeteilt, dass gegenwärtig 41 junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zeitarbeitsverträgen beschäftigt werden, die in der Regel keine Sonderaufgaben wahrnehmen. Diese Beschäftigten erledigen Daueraufgaben und werden hauptsächlich in den Zulassungsstellen und in der Ausländerbehörde eingesetzt. Sie haben nach erfolgreicher Ausbildung in der Berliner Verwaltung Zeitarbeitsverträge bekommen. Die Zeitarbeitsverträge von 13 dieser jungen Kolleginnen und Kollegen laufen im Juni bzw. Juli 2011 aus und können nicht verlängert werden. Eine weitere Beschäftigung ist nur durch die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis möglich.

Im LABO gibt es freie Stellen, deren Besetzung in Abstimmung mit dem Zentralen Personalüberhangmanagement (ZeP) nicht möglich ist. 2010 wurde dem LABO mehrmals für zu besetzende Stellen vom ZeP Fehlanzeige gemeldet, da geeignete Überhangkräfte für die Besetzung dieser Stellen nicht zur Verfügung stehen.

Fortsetzung auf Seite 4



Kolleginnen und Kollegen aus der Parkraumbewirtschaftung und des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) diskutieren im Abgeordnetenhaus mit der SPD-Haushaltspolitikerin Kirsten Flesch über die Entfristung ihrer Zeitarbeitsverträge



Im Vordergrund: Benedikt Lux, Innenpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sagt unseren Kolleginnen und Kollegen bei der Entfristung ihrer Zeitarbeitsverträge weiterhin parlamentarische Unterstützung zu

Fortsetzung von Seite 3

Die Erfahrungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nach ihrer Ausbildung mit Zeitverträgen vorübergehend weiter beschäftigt wurden, sind sehr gut. Sie haben sich bewährt und zu Leistungsträgern entwickelt, sind hoch motiviert, veränderungsbereit, gut ausgebildet und ihr Einsatz hat zu einer deutlich wahrnehmbaren Abmilderung der personellen Probleme in den Dienstbereichen des LABO geführt. Statt diese Kräfte nun auf diese freien Stellen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen, sollen sie nach dem Willen des Senats entlassen werden. Das ist ebenso unsozial wie unmenschlich.

Finanzsenator Nussbaum hat weitere Einsparungen und Personalreduzierungen für den öffentlichen Dienst angekündigt. Tatsache ist aber, dass immer mehr Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Junge Menschen werden vom Senat als Verwaltungsfachangestellte und Fachangestellte für Bürokommunikation ausgebildet und nach der Ausbildung mit befristeten Zeitarbeitsverträgen versehen. Nach einem Jahr bzw. zwei Jahren werden sie auf die Straße gesetzt und zu Hartz-IV-Empfängern gemacht. Das ist eine große Verantwortungslosigkeit des Senats, denn mit dieser Verwaltungsausbildung sind die Chancen für die jungen Leute auf dem freien Arbeitsmarkt gleich Null. Die Politik wundert sich über die Politikverdrossenheit und die geringe Wahlbeteiligung nicht nur junger Bürgerinnen und Bürger. Woran sollen diese jungen Menschen denn noch glauben? Sie werden durch die Personalpolitik des Landes Berlin jeder Möglichkeit einer vernünftigen Lebensperspektive beraubt. Würde Herr Nußbaum auch so handeln, wenn seine eigenen Kinder betroffen wären?



Peter Trapp (CDU-Abgeordneter und Vorsitzender des Innenausschusses im Abgeordnetenhaus) und der Innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Robbin Juhnke, informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsämter über ihren Antrag im Abgeordnetenhaus zur Entfristung von Zeitarbeitsverträgen. Beide sagen zu, diesen Antrag, den sie zusammen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt haben, auf die Kolleginnen und Kollegen im LABO auszudehnen
Fotos: Andrea Krämer

Die Personalplanung des Senats ist ignorant und keinesfalls zukunftsorientiert. Mit seinen täglich 5000 persönlichen Kundenkontakten gehört das LABO zu den größten Dienstleistern der Berliner Verwaltung. Der Altersdurchschnitt der Beschäftigten im LABO liegt heute bei 48 Jahren. In zehn Jahren werden die über 55-Jährigen 50% der Beschäftigten ausmachen. Dieser Umstand, verbunden mit den hohen Anforderungen durch die Publikumsbedienung und der unzumutbaren Arbeitsdichte, wird den Krankenstand weiter steigen lassen. Diese Tatsachen werden vom Senat ignoriert, um kurzfristige Einsparungen bei den Personalkosten zu erzielen. Der Senat muss endlich umdenken und zukunftsorientierte Personalplanung betreiben, damit das Ziel einer modernen bürgerorientierten Verwaltung nicht in unerreichbare Ferne rückt. Niemand hindert ihn daran, morgen schlauer zu sein als heute und einen einmal eingeschlagenen Weg nicht starrsinnig zu Ende

zu gehen, sondern die Richtung zum Wohle der Berliner Bevölkerung und der betroffenen Beschäftigten zu korrigieren.

Oder ist die Ignoranz des Senats darin begründet, dass mehr Priorität darauf liegt, die Öffentlichkeit zu Lasten der Steuerzahler und der Beschäftigten über die Anzahl der Landesbediensteten zu täuschen, als eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Personalplanung zu verfolgen? Denn Beschäftigte mit Zeitverträgen, und davon gibt es zurzeit mehrere Hundert im Land Berlin, zählen nicht zum festen Personalbestand.

Die GdP war am 19. Januar 2011 zusammen mit 70 Kolleginnen und Kollegen aus der Parkraumbewirtschaftung der Bezirke und des LABO im Abgeordnetenhaus, um den Antrag der CDU und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über eine Entfristung von Zeitarbeitsverträgen zu unterstützen und den Beschäftigten im Anschluss an die Sitzung die Möglichkeit zu geben, mit Mitgliedern der Regierungsfaktionen und dem Finanzsenator über ihre Situation zu sprechen. Von den Regierungsparteien war lediglich Frau Flesch bereit, mit den Betroffenen zu sprechen. Sie versprach den Anwesenden, das Thema LABO mit der Staatssekretärin für Finanzen zu besprechen und ihr einen unangenehmen Tag zu bereiten. Hoffentlich mit einem Ergebnis, das sich die jungen Menschen wünschen, damit sie sich in der Zukunft eine Familie oder wenigstens eine eigene Wohnung leisten können. Wir werden mit dem Finanzsenator Nußbaum ebenfalls einen Gesprächstermin vereinbaren und nicht locker lassen. Er kann sich nicht einfach durch Nichterscheinen aus der Verantwortung stehlen.

Martina Wirth

Anzeige

Sterbegeldversicherung

Bestattungskosten sind je nach den Gebühren von Städten, Gemeinden und Bundesländern unterschiedlich teuer und überfordern so manchen Hinterbliebenen. Hinzu kommen weitere Kosten für Sarg, Pfarrer, Blumen und Trauerkarten. Im Durchschnitt geben die Bundesbürger 5.000 € für die Beisetzung aus. 2003 erhielten Hinterbliebene noch 525 € Sterbegeld, mitversicherte Angehörige nur 262,50 €. Das Sterbegeld der gesetzlichen Krankenkassen wurde durch das Gesundheitsreformgesetz ab dem 01.01.2004 gestrichen.

Schließen Sie diese Lücke mit unserem Angebot für GdP-Mitglieder und deren Angehörige:

- Keine Gesundheitsprüfung
- Garantierte Aufnahme bis 80 Jahre
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Individuell wählbare Versicherungssumme von 500 bis 12.500 €
- Steuerlich absetzbare Beiträge

DBV

Monatsbeitrag für je 500 €
Versicherungssumme
(Eintrittsalter 35 Jahre)
Frauen 0,81 €
Männer 0,97 €

weitere interessante Angebote unter:
www.gdp-berlin.de

Polizeisozialwerk GmbH
Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442



Neues Beamtenrecht in Berlin?

Es knistert in der Gerüchteküche: Viele Beamtinnen und Beamten fragen sich, wann die großen angekündigten Dienstrechtsänderungen denn nun auf sie zu kommen werden. Noch in diesem Jahr? Wer ist betroffen? Was wird meine Gewerkschaft für mich herausholen? Warum wird der EPHK abgeschafft, gibt es noch das Schlussamt A 9S im mittleren Dienst? Gibt es Gewinne oder Verluste – und wenn ja, für wen? Vor allem aber stellen sich alle die Frage: Wann werden die Beamtinnen und Beamten endlich gleichziehen mit der Einkommensentwicklung der Bundesbeamten und der Beamten der übrigen Länder?

Die letzte Frage beantworten wir zuerst: Im Bereich der Tarifbeschäftigten wurde im vergangenen Jahr nach zähen Verhandlungen mit dem Land Berlin eine Zeitschiene festgelegt, wonach eine Angleichung der Berliner Angestellten an die Einkommensverhältnisse der Beschäftigten der übrigen Bundesländer bis zum Jahr 2017 erreicht werden soll. Für die Beamten hatten die Gewerkschaften im letzten Jahr nach enormen Protesten eine geringfügige Verbesserung der ursprünglichen Gesetzesvorlage (Landesbesoldungsanpassungsgesetz) erreicht, die unter Berücksichtigung der erneuten Minderung unseres schmalen „Weihnachtsgeldes (Sonderzahlung) von 940

auf 640 Euro gerade mal eine Kompensation dieser Minderung ausmachte. Hierzu gehört auch die beschlossene Anpassung um zwei Prozent im August 2011. Weil dieses Ergebnis niemanden befriedigen kann, haben wir Senator Dr. Körting



Arne Wabnitz, unser Fachmann für Beamtenrecht
Foto: Archiv GdP Berlin

kürzlich aufgefordert, Gespräche über eine weitere Anpassung im Jahr 2011 mit uns zu beginnen. Eine Antwort steht noch aus. Wir werden es der derzeitigen Landesregierung jedoch nicht gestatten, sich ohne klares Signal an die Beamtinnen und Beamten hinsichtlich einer deutlichen Gehaltsaufbesserung über die kommen-

den Wahlen zu mogeln. Sollte sich ein solcher Versuch des Aussitzens wiederum abzeichnen, mögen die Landesbeamtinnen und -beamten Berlins in diesem Herbst wählen wen oder was sie wollen, nur nicht jene Parteien, die ihre Anliegen in den letzten acht Jahren permanent missachtet und geringgeschätzt haben.

Sie waren federführend für die sogenannte Föderalismusreform im Jahr 2006, deren Ergebnis es ihnen nun ermöglicht, in Berlin den „Stillstand im Dienstrecht“ zu gestalten. Und damit kommen wir zu den aktuellen Gesetzesänderungsverfahren, die unser Dienstrecht betreffen: Sowohl das 2. Dienstrechtsänderungsgesetz, welches im Wesentlichen eine Neuordnung der bisherigen Laufbahnen mit sich bringt, als auch das Berliner Besoldungsneuordnungsgesetz, in dem die Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes und des Beamtenversorgungsgesetzes (beide in der Fassung von 2006 zurzeit in Berlin gültig) mit Änderungen in das Berliner Landesrecht überführt werden. Dies wird organisatorisch eine Menge Wind aufwirbeln, uns aber keine wirklichen Verbesserungen bringen, geschweige denn, uns der Einkommenssituation der übrigen Beamtinnen und Beamten in der Bundesrepublik näherbringen. Wer bisher in

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

KLINIK

www.klinik-nikolassee.de



NIKOLASSEE

Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- posttraumatische Belastungsstörung
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- berufliche und soziale Rückzugstendenzen

24-Stunden-Akutaufnahme!

Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

☎ 030 / 803 09 10

Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin



Fortsetzung von Seite 5

den Kategorien einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst dachte, wird es künftig mit zwei Laufbahnen zu tun bekommen, in denen sich jeweils ein erstes und ein zweites Einstiegsamt befinden. Man könnte auf den Gedanken kommen, dass das Kind hier lediglich einen oder vier neue Namen bekommen habe, zumal

innerhalb der beiden Laufbahnen nun Beförderungsvoraussetzungen enthalten sind, die auf den ersten Blick höher zu sein scheinen als die Aufstiegsvoraussetzungen im alten Laufbahnrecht.

Weil es in der ersten und zweiten Laufbahn nur noch ein Amt A 9 bzw. A 13 gibt, entfallen automatisch die bisherigen Schlussämter A 9S und A 13S. Ob es damit geänderte Dienstbezeichnungen gibt,

werden die neuen Laufbahnverordnungen, die erst einmal ausgearbeitet werden müssen, zeigen. Für Polizei und Feuerwehr sieht das neue Laufbahngesetz sogar ausdrücklich vor, völlig abweichende Regelungen zu erlassen. Bleiben wir also aufmerksam und warten ab, welche Wohltaten uns zugedacht werden. Was die Laufbahnen angeht, werden wir unsere Forderung aufrechterhalten, dass es auch im neuen Recht keine unüberwindbaren Laufbahnschranken geben darf. Sowohl das neue Laufbahnrecht als auch das Berliner Besoldungsneueordnungsgesetz sollen noch vor der parlamentarischen Sommerpause im

Abgeordnetenhaus beschlossen werden. Die neue Besoldungsstruktur wird dann voraussichtlich zum 1. August 2011 in Kraft treten, zu dem Zeitpunkt, an dem die Beamtengehälter um weitere zwei Prozent angepasst werden.

Die Überleitung in die neuen Besoldungstabellen wird notwendig, weil die alten Dienstaltersstufen wegfallen und durch einheitlich acht Erfahrungsstufen ersetzt werden. Wir werden uns dann in einer neuen Tabelle an der Stelle wiederfinden, die unseren derzeitigen Gehältern (inklusive der zwei Prozent Anpassung) am ehesten entspricht. Eine Abmeldung ist nicht zulässig.

Damit mögliche Vorteile nicht zu sehr ausufern, sind Übergangsstufen vorgesehen – denn die Gehaltssprünge von einer Stufe zur anderen sind bei acht Erfahrungsstufen natürlich größer als bei zehn bis zwölf der bisherigen Dienstaltersstufen. Wer in einer Übergangsstufe „landet“, steigt zu dem Zeitpunkt in die nächste reguläre Stufe auf, die er auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt erreicht hätte, spätestens jedoch nach zwei Jahren.

Wer in eine reguläre Stufe kommt, hat das Pech, wieder bis zum nächsten regulären Termin auf den weiteren Aufstieg zu warten, unabhängig davon, wann er im gegenwärtigen Verfahren aufgestiegen wäre. Dies kann, je nach Lebensalter, dann wieder zwei, drei oder vier Jahre dauern. Das ganze Verfahren wird derzeit noch von den Gewerkschaften in der DGB-Landesbeamtenkommission geprüft.

Sollten gravierende Nachteile hieraus erkennbar werden, werden wir uns an die Fraktionen des Abgeordnetenhauses direkt wenden und auf Abhilfe drängen. Alle anderen Bundesländer und der Bund haben diese oder ähnliche „Neuerungen“ ihrer Laufbahn- und Besoldungsstrukturen bereits hinter sich. Auch hier war und ist Berlin wieder „Schlusslicht“. Natürlich hätte sich das Land Berlin nicht nur an den vorhandenen Strukturen der Besoldung am Bund orientieren können, sondern auch erkennen müssen, wie groß der Abstand bei den Tabellenwerten – also dem Einkommen ist. Aber wir wurden ja bereits öffentlich darüber belehrt, dass es in diesem Wahlkampf keine Wahlgeschenke geben solle. Wir fahren also weiter auf Sparkurs – zumindest mit dieser Regierung!

Arne Wabnitz

Gewerkschaft der Polizei



Frühlingsball

12. März 2011

Einlass: 19.00 Uhr
Beginn: 20.00 Uhr
Ende: 02.00 Uhr

Im Convention Center
des ESTREL Hotel
Sonnenallee 225
12057 Berlin




AGELESS
BERLINS BESTE PARTYBAND



Orchester DJ

Veranstalter: Polizeisozialwerk GmbH der GdP
Landesbezirk Berlin, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin

Damen und Herren Gesellschaftskleidung Fachgeschäft seit über 40 Jahren

Wir sind der Spezialist für die passende Garderobe für Ihren besonderen Anlass. Seit 40 Jahren zählt unser Fachgeschäft am Nollendorffplatz zu den exklusiven Adressen Berlins, wenn es um die richtige Garderobe für Hochzeit, Ballereignis oder den stilvollen Konzertabend geht. Spitzenmodelle internationaler Designer, festliche Abendanzüge sowie elegante Abendroben - hier trifft die Dame auf eine große Auswahl und erhält zudem eine kompetente und stilsichere Fachberatung. Ebenso der Herr: Ob festlicher Anzug, Smoking oder Frack. Hier finden Sie, was Sie suchen. Eine Fülle fein aufeinander abgestimmter Accessoires, Hemden, Fliegen und Tücher rundet das Angebot ab. Änderungswünsche können im eigenen Atelier sofort bearbeitet werden.

Unsere Mitglieder erhalten 20 % Zuschuss

Sie finden uns:
Kleiststr. 42 (am Nollendorffplatz)
10787 Berlin
Tel.: 216 3938 Fax: 2199 6123

Öffnungszeiten:
Mo 12.00 bis 19 Uhr
Di-Fr 10.00 bis 19.00 Uhr
Sa 09.30 bis 16.00 Uhr




Polizeisozialwerk GmbH
Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442

weitere interessante Angebote unter
www.gdp-berlin.de



Cloud Computing



INNOVATIVE VERWALTUNG ARBEITET MIT DER CLOUD

Die Government Cloud befindet sich innerhalb des geschlossenen und damit hochsicheren Berliner Landesnetzes (BeLa) unter Verwendung von zuverlässigen Zugangs- und Zugriffstechniken.

Hochverfügbar.

Systemmanagement und zentrale Monitoringtools sichern und optimieren den reibungslosen Betrieb.

Wirtschaftlich.

Durch die Einsparung physischer Hardware fallen geringere Investitionen sowie Wartungs- und Betriebskosten an. Infrastrukturen, Speicherkapazitäten und Software können jederzeit kurzfristig bedarfsgerecht und kundenspezifisch erweitert oder reduziert werden.

Nachhaltig.

Der Einsatz von Green IT mit modernster Technik zur Senkung der Strom- und Klimatisierungskosten ist ein wesentlicher Bestandteil der Government Cloud. Ein vereinfachtes Betriebsmodell entlastet das Personal und bringt Effizienzsteigerungen im Verwaltungsalltag.

Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) ist einer der führenden kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland.

Weitere Informationen:

Internet www.itdz-berlin.de, Intranet www.itdz.verwalt-berlin.de



Keine Einstellung von Auszubildenden in die Verwaltung der Berliner Polizei

Für das Jahr 2011 plant die Berliner Polizei keine Auszubildenden in ihrer Verwaltung einzustellen. Dies äußerte der Leiter der Zentralen Serviceeinheit, Andreas Walther, bei der JA-Versammlung der JAV ZSE im Dezember 2010.

Eine fatale Entscheidung, wo doch dringend Nachwuchs benötigt wird. Allein durch den demografischen Wandel und das damit verbundene vermehrte Ausscheiden von Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst aus Altersgründen wird es in den nächsten Jahren zu einem massiven Personalrückgang kommen. Des Weiteren werben andere Behörden Beschäftigte der Polizei ab, da sie dort oft besser

bezahlt werden oder die Aussicht auf eine Beförderung erhalten. Die Vergangenheit hat gerade bei der Berliner Polizei gezeigt, dass Einstellungsstopps, um Geld zu sparen, keine Lösung sind. Langfristig schädigen solche Entscheidungen der Polizei und die dadurch entstehenden Lücken werden kaum aufgefüllt. Immer weniger Personal muss immer mehr Aufgaben bewältigen. Befristete Arbeitsverträge sind ebenso nicht hinnehmbar, da sie für die Betroffenen keine berufliche Perspektive und Sicherheit bieten. Im Jahr 2010 wurden 300 Auszubildende im gesamten öffentlichen Dienst des Landes Berlin nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Aus-

bildung übernommen. Lediglich 40 von ihnen bekamen einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Für das Jahr 2011 ist ange-dacht, wieder 300 Auszubildende zu übernehmen, nur 50 von ihnen unbefristet.

Zu dem Thema „Einstellung und Übernahme im öffentlichen Dienst“ führt die Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) am 21. März 2011 ab 9.00 Uhr im Haus des Deutschen Sports (Olympiapark Berlin, Hanns-Braun-Str., 14053 Berlin) ihre erste JAV-Konferenz durch. Es ist eine klassische Debatte geplant. Als Gast ist unter anderem der Senator für Inneres und Sport, Dr. Ehrhart Körting, geladen.

Klausurtagung der JUNGEN GRUPPE



Die JUNGE GRUPPE diskutiert, wie sie die unter 30-Jährigen in der GdP besser betreuen kann Foto: DG

Die JUNGE GRUPPE führte vom 21. bis 23. Januar eine sehr sportliche Klausurtagung durch. Hierzu traf sich der Landesjugendvorsitzende Christian Krenitz mit seinem Landesjugendvorstand und den Jugend- und Auszubildendenvertretern im Sport- und Bildungszentrum Lindow.

Mit neuen Ideen will sich die JUNGE GRUPPE wieder intensiver um die unter 30-Jährigen in der GdP kümmern.

Hierzu sollen wieder häufiger Standaktionen an der LPS und HWR durchgeführt werden. Man wird sich auch dafür einsetzen, dass wieder in den Verwaltungsbereichen der Polizei ausgebildet wird.

Schließlich hat sich die JUNGE GRUPPE auch vorgenommen, wieder jeden Monat in der euch vorliegenden Deutschen Polizei zu erscheinen, um über ihre Aktivitäten zu berichten.

Brief aus der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR):

Auch ein Beamter des höheren Dienstes der Polizei muss die Verfassung respektieren

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mir wurde wiederholt mitgeteilt, dass von einigen Vorgesetzten noch immer die Auffassung vertreten wird, dass das Aufhängen von Wandkalendern der GdP in Diensträumen nicht gestattet sei. Als Argument wird die Wahrung der Neutralität genannt. Solange sich ein Beamter des höheren Dienstes über solche Dinge Gedanken macht, muss er sich nicht wundern, dass seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich fragen, ob es nicht wichtigere Vorgänge,

- die Situation der Studentinnen und Studenten an der HWR,
- die Arbeitsbelastung der Vollzugsbeamtinnen und -beamten im täglichen Dienst usw.

gibt, mit denen er sich auseinandersetzen sollte. Mir wurde weiter berichtet, dass es Vorgesetzte gibt, die die Büros ihrer Mitarbeiter inspizieren und die Entfernung von Gewerkschaftskalendern veranlassen, weil sie dies für eine unerlaubte Annahme von Geschenken ansehen.

Kolleginnen und Kollegen, lasst euch keinen Unsinn einreden! Auch wenn der Polizeipräsident jährlich Tausende von Euro ausgibt, um die Polizei mit Bürobedarf auszustatten, so spricht nichts dagegen, auch Kugelschreiber oder anderweitige Materialien der GdP zu verwenden.

Die Rechtsabteilung der GdP hat mir dazu mitgeteilt:

Das Verteilen bzw. Anbringen von Kalendern der GdP ist durch Artikel 9 Absatz 3 GG geschützt. Dies hat unter anderem das Bundesverfassungsgericht 1995 entschieden. Zu den grundsätzlich ge-

schützten Tätigkeiten der Gewerkschaft gehört auch die Werbung, in deren Rahmen insbesondere auch das Anbringen von Kalendern in den Dienststellen gesehen werden muss. Dabei handelt es sich eben nicht um eine kommerzielle Tätigkeit, die ggf. unter die allgemeine Anweisung über Werbung, Handel, Sammlungen und politische Betätigung in und mit Einrichtungen des Landes Berlin fällt.

Sofern tatsächlich Weisungen dieser Art erteilt werden, dass GdP-Kalender aus Dienstzimmern entfernt werden müssen, bitte ich euch, der Rechtsabteilung der GdP mitzuteilen, wann und wem gegenüber diese Weisung erfolgt ist. Diese Angaben werden von uns benötigt, um dann offiziell an den Polizeipräsidenten mit der Bitte heranzutreten, dem Beamten die Handlungsspielräume von Gewerkschaften auf der Grundlage der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland zu erläutern.



Seniorentampferfahrt 2011



Mit der MS Sachsen werden wir am 26. Mai in See stechen Foto: Stern und Kreis Schifffahrt

Der Grüne Stern lädt in Zusammenarbeit mit der Landesseniorengruppe zur diesjährigen Seniorentampferfahrt ein. Am Donnerstag, dem 26. 5. 2011 um

12.00 Uhr geht es mit der Stern und Kreis Schifffahrt „MS Sachsen“ ab Hafen Trep- tow auf eine fünfstündige Fahrt durch die Innenstadt. Die Spreefahrt geht Richtung Schlossbrücke, Bonhoeffer Ufer über Elsenbrücke, Treptowers, Osthafen, Oberbaumbrücke, Mühlendammschleuse, Nikolaiviertel, Berliner Dom, Friedrichstraße, Reichstag, Bundeskanzleramt, Kongresshalle, Hauptbahnhof, Schloss Bellevue, Tiergarten, Moabit, Innenministerium, Spreekreuz und zurück. Im Fahrpreis ist wieder ein Kaffeegedeck enthalten. Für Musik ist auch gesorgt.

Karten zum Preis von 16,- Euro können über die Seniorengruppenvorsitzen-

den bestellt oder direkt bei Klaus Kulick, Tel. 0 30/55 10 83 28, erworben werden.

Da 2010 bei einigen das leibliche Wohl etwas zu kurz kam, bieten wir euch diesmal folgende Speisenangebote (müssen selbst gezahlt werden) zur Vorbestellung an:

Hauptgänge:

Erseneintopf mit Bockwurst € 6,30

Berliner Kohlroulade € 8,90

Und für den kleinen Hunger:

1 Paar Wiener Würstchen mit Brot € 2,50

Berliner Boulette mit Brot € 2,60

Portion Kartoffelsalat dazu € 1,80

Klaus Kulick

TARIF

Tarifgespräche zur Korrektur der Zusatzversorgung (VBL) haben im Dezember 2010 stattgefunden

Der BGH stellte in seiner Entscheidung vom 14. 11. 2007 (IV ZR 74/06) die Startgutschriften auf den Prüfstand. Dabei kritisierte er, dass Beschäftigte, die eine lange Ausbildungszeit absolviert haben, durch den Systemwechsel in der Altersversorgung benachteiligt werden. Als Beispiele nennen die Richter Akademiker und Handwerksmeister. Sie könnten wegen ihrer langen Ausbildung vor Berufseintritt die für eine volle Zusatzrente nötigen 44,44 Pflichtversicherungsjahre nicht erreichen und müssten „überproportionale Abschläge“ hinnehmen. In der Gruppe der sogenannten rentenfernen Versicherten (das waren die am 1. 1. 2002 noch unter 55-jährigen Beschäftigten) kann es damit zu einer nicht mehr hinnehmbaren Ungleichbehandlung kommen und damit zur Unwirksamkeit der sie betreffenden Übergangs- bzw. Besitzstandsregelung. Den Systemwechsel an sich erklärten die BGH-Richter für rechtmäßig. Insbesondere auch die Stichtagsregelung und Festsetzung der Steuerklassen etc.

Die Richter gaben den Tarifparteien daher auf, lange Ausbildungszeiten stärker zu berücksichtigen. Hierzu haben sich die Tarifparteien im Dezember 2010 zusammengefunden. Im Vorfeld wurde den Arbeitgebern aber bereits signalisiert, dass eine Novellierung der Tarifver-

träge nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen kann. Arbeitgeberseitig wurde das sogenannte „Vergleichsmodell“ vorgelegt und beraten. Das Modell vergleicht die Folgen des § 2 und 18 BetrAVG und arbeitet dann mit etwaigem Ab- bzw. Zuschlag für sog. Späteinsteiger. Es kann folglich zu einer Besserstellung eines Teils der Versicherten mit einem höheren Einstiegsalter führen, ohne die bisherige Systematik des ATV/ATV-K grund-

sätzlich zu berühren. Es ist damit grundsätzlich als geeignet anzusehen. Abgeschlossen ist die Beratung und die konkrete Ausgestaltung der Regelung hierzu noch nicht. Die Beratungen hierzu werden im April 2011 fortgesetzt.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne in der Beratungszeit am Dienstag in der Zeit von 14.00 bis 16.00 Uhr in den Geschäftsräumen der GdP zur Verfügung.

T. Woelke, Rechtsanwalt

Das Polizeisozialwerk informiert

der nächste Urlaub kommt bestimmt -

Warum nicht mal Florida!



Alle Mitglieder der GdP und deren Angehörige erhalten bei Buchung im TIDE einen Preisnachlass von 10 %.

Bitte beachten: Bei Buchung den Code Gewerkschaft der Polizei unbedingt angeben. Nur so können Sie in den Genuss des Nachlasses.

Nachträgliche Codenennung ausgeschlossen!

Tide Vacation Apartments
2800 North Surf Road
Hollywood, Florida 33019
Tel.: 001 954 923 3864
Fax: 001 954 923 8510
E-Mail: tide@tidevacation.com
www.tidevacation.com
Bürozeiten: Mo-Sam 10-17 Uhr (USA-Zeit)
entspricht 16-23 Uhr (deutscher Zeit)



Stadtspaziergänge im 1. Halbjahr 2011

Unter der bewährten Organisation und Leitung von Hartmut Pech beginnen im April die Stadtspaziergänge 2011. Die Spaziergänge stehen unter den Themen Stadtraum, historische Friedhöfe und Kulturgärten.

Im April führt der Spaziergang durch die verlorene Mitte Berlins. Vom S-Bahnhof Alexanderplatz durch die Rathausstr. zum Nicolaiviertel. Anhand alter Stadtpläne und Fotografien wird die ehemalige Bebauung der Königstr. (heute Rathausstr.) aufgezeigt. Wo stand das alte Berliner Rathaus und die Gerichtslaupe, wo das General-Postamt, wo die Königskolonnaden, wo das Kaufhaus Wertheim, wo findet man einen Hinweis auf den Palast der Republik?

Treffzeit: Freitag, 15. April 2011, 10.30 Uhr

Treffort: Alexanderplatz unter der Weltuhr

Im Mai gibt es eine Führung auf dem Jüdischen Friedhof Weißensee. Die Führung übernimmt der Kollege Reinhard Männe.

Treffzeit: Freitag, 20. Mai 2011, 10.00 Uhr; die Führung („große“ Führung) beträgt ca. 3,5 bis 4 Std. Die Führung kann aber jederzeit verkürzt werden.

Treffort: Herbert-Baum-Str. 45, 13088 Berlin-Weißensee

Im Juni verläuft der Spaziergang auf dem Gartenkulturpfad Neukölln.

Der Spaziergang führt vom im Stil eines englischen Landschaftsparks gestaltetem Volkspark Hasenheide entlang der

Schillerpromenade, der Lessing- und Thomashöhe zum neobarocken Körnerpark und dem naturphilosophischen Comeniuspark. Schluss des Spazierganges ist der Richardplatz.

Treffzeit: Freitag, 17. Juni 2011, 10 Uhr
Treffort: Eingang Volkspark Hasenheide neben Huxleys Neue Welt

Anmeldungen zu allen Terminen nur bei Hartmut Pech, Tel. 0 30/7 75 33 31, oder E-Mail hrtpech@tele2.de

Alle Angaben sind auch auf der Internetseite des GdP-Landesbezirkes Berlin, Landesseniorengruppe – Stadtspaziergänge – nachzulesen. Beachten Sie bitte auch die Hinweise und Termine der Museums- und Wandergruppe auf der Internetseite. HP

Achtung! Brauereibesichtigung!

Endlich ist es wieder soweit, auf vielfachen Wunsch führen wir erneut eine Brauereibesichtigung bei der **Berliner-Kindl-Schultheiss-Brauerei, Indira-Ghandi-Str. 66-69, 13053 Berlin**, durch!

Die Brauereibesichtigung (Führung mit Verkostung und Imbiss) findet am Dienstag, dem 22. März 2011, in der Zeit von 14.00 bis ca. 17.00 Uhr statt.

Als Imbiss wird Eisbein, Schnitzel oder Kassler mit Beilage gereicht. Es gibt auch die Möglichkeit, Bockwurst mit Salat zu wählen. Zur Verkostung kann man neben unterschiedlichsten Biersorten auch alkoholfreie Getränke bekommen. Leider sind die Preise von der Brauerei in diesem Jahr erheblich angehoben worden!

Die Kosten pro Person im Einzelnen:
Führung mit Verkostung und Bockwurst mit Salat 14,- €
Kassler mit Beilage 16,- €
Schnitzel mit Beilage 17,- €
Eisbein mit Beilage 18,- €

Im Einzelpreis ist ein Trinkgeld für das Personal bereits enthalten!

Treffpunkt: Dienstag, 22. März 2011, 13.50 Uhr, vor der o. a. Brauerei.

Fahrverbindung: S-Bahn – Ringbahn Haltestelle Frankfurter Allee, Umstieg in die Straßenbahnlinie M 13 Richtung Osloer Str. bis zum Halt Betriebshof Indira-Ghandi-Str.

Anmeldungen sind bis zum 14. März 2011 bei Peter Müller möglich (Tel. 0 30/

7 96 75 20). Anrufbeantworter ist geschaltet (wir müssen die Essen zeitgerecht bestellen).

Für eine Anmeldung sind erforderlich: Name, Telefon-Nr. (für evtl. erforderlichen Rückruf), gewünschtes Essen (Eisbein, Schnitzel, Kassler, Bockwurst), Anzahl der Personen.

Bei Anmeldungen in den Seniorengruppen bitten wir auch um gleichzeitige Bezahlung.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl bitten wir um schnellstmögliche Anmeldung!

Der Kostenbeitrag ist möglichst im Voraus zu entrichten!

Bis bald, wir freuen uns auf euch!

VERANSTALTUNGEN

Senioren

Verkehrsstaffel West

Die Senioren der ehemaligen Verkehrsstaffel West treffen sich am Freitag, dem 18. 3. 2011, um 17.00 Uhr in der Polizeikantine der Direktion 2, Berlin-Spanndau, Charlottenburger Chaussee 75.

Dir 2

Am 5. 4. 2011 um 15.30 Uhr im Seniorenklub „Südpark“, Weverstr. 38, 13595 Berlin. Auskunft erteilt H. Schröder, Tel. 0 30/2 75 10 07.

Dir 3

Die Senioren der Bezirksgruppe City treffen sich am Dienstag, dem 5. 4. 2011, um 16.00 Uhr im „Clubheim BSC Reh-

berge“, Afrikanische Str. 43/45, 13351 Berlin, Buslinie 221 (Haltestelle Transvaalstr.).

Dir 4

Jeden 2. Mittwoch (9. 3. 2011) im Monat um 16.00 Uhr im Restaurant Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Str. 55 in 12247 Berlin.

Dir 5

Am 3. 3. 2011 um 14.00 Uhr im Bräustübel der ehem. Kindl-Brauerei, Werbelin-Str. 50, 12053 Berlin.

Dir 6

Am Dienstag, 15. 3. 2011, um 16.00 Uhr im Sportcasino des KSC, Wendenschloßstr. 182, 12557 Berlin, mit **Kegeln**.

ZSE

Am Dienstag, dem 29. 3. 2011, um

15.00 Uhr im Restaurant „Marjan Grill“, Flensburger Str./Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LKA

Am Dienstag, dem 8. 3. 2011, 15.00 Uhr, feiern wir Fasching in Berlin-Neukölln, Donaustraße 27-28 Ecke Schönstedtstraße. Pfannkuchen und Musik sind vorhanden! Gute Laune und Maskierung müssen mitgebracht werden. Der Unkostenbeitrag pro Person beträgt 12,00 €. Vorherige Anmeldung ergeben!

Am Dienstag, dem 22. 3. 2011, um 10.00 Uhr besichtigen wir die Polizeihistorische Sammlung in Berlin-Tempelhof, Platz der Luftbrücke 6. Treffpunkt vor dem Gebäude – Anmeldung erbeten!



VERANSTALTUNGEN

NACHRUF

Vorankündigungen: Dienstag, den 5. 4. 2011, 15.00 Uhr – Versammlung in der „Alten Ratsklausur“ – Kollege Hans Hoffmann, ehrenamtlicher Mitarbeiter des LKA, informiert uns zum Thema „Seniorenversicherung – Die Tricks von Gaunern und Betrügnern – Das Verhalten an der Wohnungstür“.

Dienstag, den 19. 4. 2011, 10.30 Uhr, Besichtigung der Bockwindmühle Marzahn in Berlin-Marzahn, Hinter der Mühle 4 – begrenzte Teilnehmerzahl – Unkosten 1,50 € – Anmeldung erforderlich!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel. 0 15 25/6 10 35 27, oder Martin Hoffmann, Tel.: 0 15 25/6 10 35 67.

LABO

Am 16. 3. 2011, um 15.00 Uhr im Restaurant YASMIN, Wilhelmstr. 15–16 (Wilhelm-/Ecke Hedemannstr.), 10963 Berlin-Kreuzberg (U-Bahnhöfe Kochstr. oder Hallesches Tor, Busse 240/241 oder 341 Stresemannstr.).

Zu allen Treffen sind interessierte Mitglieder, Ehe- bzw. Lebenspartner herzlich eingeladen und willkommen.

Bezirksgruppen

Dir 4

Am Dienstag, dem 29. 3. 2011, um 17

Uhr im Restaurant „Traber-Terrassen“, Mariendorfer Damm 221, 12107 Berlin.

Dir 5

Am 3. 3. 2011 um 15.30 Uhr im Bräustübl der ehem. Kindl-Brauerei, Werbelinstr. 50, 12053 Berlin.

Dir 6 (Ost)

Am Donnerstag, dem 3. 3. 2011, um 16.00 Uhr in der Kantine Poelchastr. 1, 12681 Berlin. Die darauf folgende Sitzung findet am Donnerstag, 7. 4. 2011, statt. Bitte vormerken!

LKA

Am 24. 3. 2011 um 15.30 Uhr, 12101 Berlin, Bayernring 42–44, 3. OG, Raum 331.

ZSE/Stab PPr

Am Donnerstag, dem 31. 3. 2011, Beginn 16.00 Uhr, in der Kantine Ruhleben, Charlottenburger Chaussee 67 in 13597 Berlin.

LABO

Am 14. 3. 2011 um 17.00 Uhr im Restaurant „YASMIN“, Wilhelmstr. 15–17 (Wilhelm-/Hedemannstr.), 10963 Berlin-Kreuzberg (Bus 341 – Stresemannstr./ Bus 240/241 – Hallesches Tor – 5 Minuten vom U-Bhf. Kochstraße entfernt, Richtung Mehringplatz).

Zu allen Treffen sind interessierte Mitglieder, Ehe- bzw. Lebenspartner herzlich eingeladen und willkommen.

Namensverwechslung

Ausgabe Februar 2011

Verstorben ist nicht **Robert** Beyer, sondern **Hans-Georg** Beyer, 70 Jahre.

Wir bitten das Versehen vielmals zu entschuldigen!

Paul-Eberhard Reuter, 76 Jahre
Waltraut Guthke, 88 Jahre
Harry Jahn, 82 Jahre
Helmut Brieschal, 85 Jahre
Horst Frei, 85 Jahre
 Bezirksgruppe Dir 1
Jonas Radi, 30 Jahre
 Bezirksgruppe Dir 4
Erna Grüser, 98 Jahre
 Bezirksgruppe Dir 5
Günther Probe, 84 Jahre
 Bezirksgruppe LKA
Werner Haase, 85 Jahre
 Bezirksgruppe LABO
Peter Liebenow, 69 Jahre
 Bezirksgruppe ZSE
Hannelore Peschel, 65 Jahre
 Bezirksgruppe ZA

Die AG Bildung bietet an:

GdP für Einsteiger

Für interessierte Mitglieder und Vertrauensleute bieten wir folgendes Ein-Tages-Seminar an:

Was ist die GdP? Ziele und Inhalte.

Der Personalrat – Was ist das?

Was bietet mir die GdP?

Weiterhin referiert ein Gastdozent.

Nachfragen bei Robert Tietz (Tel.: 4664-909702), Norbert Cioma (Tel.: 4664-909701) oder der GdP-Geschäftsstelle (Tel.: 210004-0).

Gewerkschaft der Polizei
 Landesbezirk Berlin
 Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
 Telefon: (+49 30) 21 00 04-0
 Fax: (+49 30) 21 00 04-29
 E-Mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de

Termine und Orte:

28.03.2011, 08:30 Uhr
 DGB Haus
 Keithstr. 1-3, 10787 Berlin

30.05.2011, 08:30 Uhr
 Ort wird noch bekannt gegeben.

Anmeldungen über Deine Bezirksgruppe oder direkt bei der GdP-Geschäftsstelle!



Direktionen 1-6
VB

Wir im LKA

**200 Jahre
Kriminalpolizei Berlin**

Anlässlich dieses Jubiläums lädt die GdP Berlin zu einer Feier ins Casino Tempelhof, Flughafen Tempelhof-Bauteil K2 am

25.03.2011
15.30 Uhr – 19.30 Uhr

Im Kreise aktiver und ehemaliger Kolleginnen und Kollegen wollen wir bei Musik und einem zünftigen Berliner Büfett (incl. einem Freigetränk) einen geselligen Nachmittag verbringen!

Anmeldung für alle in der Kriminalitätsbekämpfung tätigen GdP-Mitglieder bis: 18.03.2011 bei Monika Münch, Bezirksgruppe LKA.
 E-Mail: Monika.Muench@GdP-Berlin.de oder Tel.: 4664 909703





Überreichung der Ehrenurkunde für 50-jährige Mitgliedschaft an den Kollegen Bernhelm Stephan, Bezirksgruppe Direktion 5, stellvertretend durch den Koll. Horst Zwank von der örtl. GdP-Kreisgruppe Polizeidirektion Wittlich
Foto: Horst Zwank

Leider war es unseren seit 13 Jahren in Mettendorf in der Eifel (nahe der luxemburgischen Grenze) lebenden Kollegen Bernhelm Stephan aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, an der Ehrung der Jubilare der Direktion 5 im Dezember 2010 teilzunehmen. Nach nur einem geführten Telefonat des Bezirksgruppenvorsitzenden Rainer Schlipat mit der örtlichen GdP-Kreisgruppe Polizeidirektion Wittlich erklärte sich der Kollege Horst Zwank sofort bereit, die Urkunde dem Jubilar persönlich zu überreichen. Dafür noch einmal recht herzlichen Dank an die Kreisgruppe! Unserem Jubilar an dieser Stelle noch einmal vielen Dank für die treue Mitgliedschaft und alles Gute für die nächsten Jahre.

Rainer Schlipat
Bezirksgruppenvorsitzender

DIE GdP GRATULIERT

Jubiläen

25 Jahre

Axel Bauer, Sigrid Brandt, Bernd Günther, Vera Hinrich, Michael Jackisch, Regina Kaleita, Ursula Klein, Michael Nowak, Kerstin Nüsken, Manfred Spies, Jörg Stroschke, Christian Wessel, Eric Wollert

40 Jahre

Michael Berndt, Bernd Finger, Hansjoachim Grätz, Günter Hein, Manfred Henning, Jörg Klopfleisch, Dietmar Kutscha, Manfred Neumann, Guenter Poege, Elke Puschendorf, Volker Schulz, Gerhard Utrata, Klaus Wilhelm

50 Jahre

Horst Frohn, Renate Fürstenau, Horst Haneberg, Otto Hinze, Michael Leitl, Horst Lilienthal, Guenter Loewel, Dieter Reulecke, Gerhard Scherbarth, Manfred Wollgin

60 Jahre

Elfriede Colm, Günter Rubbert, Hans Siegel, Horst Sommerfeld, Heinz Zirwer

Geburtstage

Am 18. 12. 2010 wurde unser langjähriges Gewerkschaftsmitglied Manfred Grczyk 100 Jahre alt.

Zu diesem besonderen Ehrentag gratulierten Michael Purper, Landesvorsitzender der GdP Berlin und Ralf Mellenthin, Bez.-Gr. Dir 2, dem Kollegen Manfred Grczyk und wünschten ihm für die Zukunft weiterhin beste Gesundheit und alles Gute.



Manfred Grczyk feierte seinen 100. Geburtstag
Foto: Bez.Gr. Dir 2

80 Jahre

Horst Masch Direktion 1; **Walter Steuckardt, Elfriede Wittchen** Direktion 5; **Hans-Joachim Giering** Direktion 6; **Ilse Stahnke** LKA

85 Jahre

Anneliese Nonnenprediger, Heinz Repp Direktion 1; **Otto Burckhardt, Renate Dames, Edeltaud Redlich** Direktion 2; **Margot Hasselfeldt** LKA

90 Jahre

Irma Marks, Hans Siegel Direktion 5; **Waltraud Brocke** Zentrale Service Einheit

91 Jahre

Johannes Karschner, Alfred Stolze Direktion 2; **Margarete Nickl** Zentrale Service Einheit

94 Jahre

Heinz Lass Direktion Zentrale Aufgaben; **Erna Schmerberg** Zentrale Service Einheit

98 Jahre

Erich Czirson Direktion 4

100 Jahre

Charlotte Woicke Direktion 4

101 Jahre

Kurt Bruch Zentrale Service Einheit

Anzeige

Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Reiselust ...

Keine Buchungsgebühren

Sie suchen sich Ihr Urlaubsziel aus den Katalogen von über 1.500 Veranstaltern aus So wird's gemacht:
Faxen Sie Ihren Reiselwunsch (Ziel, Dauer, EDV-Nr. pp.) an 0385-20841811.
(Formular unter <http://www.policyservice-mv.de>)
Für Rückfragen steht die Kollegin Jana Kleiner unter Tel.: 0385-20841817 zur Verfügung.
Sie werden in kürzester Zeit über Ihre Buchung informiert.

Mitglieder erhalten 5% Zuschuss.

Berlin Plus

Polizeisozialwerk GmbH
Kurfürstenstr. 112, 10787 Berlin
Tel.: 21 000 441 Fax: 21 000 442
weitere interessante Angebote unter www.gdp-berlin.de

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 25 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030-605 1001**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

